

Stadt Hamm

Stellungnahme der Verwaltung

| | | | |
|-------------------------------------------------------------------------------------------------------|----------------|--------------------------------|-------------------|
| | | Stadtamt | Stellungnahme-Nr. |
| | | 02 | 0293/15 |
| zum Antrag Nr. 0186/15 d. Frau/Herrn/Fraktion Ratsfraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom 11.05.2015 | | Datum | |
| | | 05.06.2015 | |
| | | Genehmigungsvermerk | |
| | | I, gez. OB Hunsteger-Petermann | |
| | | Federführender Dezernent | |
| | | I, gez. OB Hunsteger-Petermann | |
| Bezeichnung | | Beteiligte Dezernenten | |
| Armutbericht Hamm | | | |
| Verteiler | Sitzungstermin | | |
| Rat | 23.06.2015 | | |

Text des Antrags:

Die Ratsfraktion von Bündnis 90/Die GRÜNEN beantragt:

1. Der Rat der Stadt Hamm beauftragt die Verwaltung, einen kommunalen Armutsbericht erstellen zu lassen. Dieser soll sich in Aufbau und Zielsetzung am Armutsbericht NRW 2015 orientieren. Auf Grundlage des neuen kommunalen Armutsberichts sollen Handlungsempfehlungen zur zielgenauen Bekämpfung von Armut in unserer Stadt entwickelt werden.
2. Die Verwaltung bewirbt sich unverzüglich um Fördermittel des Landes.
3. Die Verwaltung teilt dem Rat der Stadt Hamm umgehend mit, ob die Stadt Hamm bei der Vergabe der Landesmittel berücksichtigt wurde.

Begründung:

Im Jahr 2000 wurde letztmals ein Armutsbericht für die Stadt Hamm erstellt. Seitdem gab es immer wieder Vorstöße, diesen Armutsbericht zu aktualisieren, z.B. durch eine Initiative der Kirchengemeinden in den westlichen Stadtbezirken im Jahr 2006, oder auch durch einen Antrag der SPD im Jahr 2012. Die CDU geführte Verwaltung hat diese Forderung immer abgelehnt und konnte sich einer willfährigen Ratsmehrheit sicher sein.

Ein Armutsbericht, so die Argumentation der Verwaltung, sei nicht nötig, weil die im alten Armutsbericht genannten Handlungsfelder zur Bekämpfung des Armutsrisikos durch die Verwaltung kontinuierlich abgearbeitet würden. Damit trage man zur Bekämpfung der Armut bei.

Außerdem würden die Sozialdaten durch ein kontinuierliches Sozialmonitoring laufend aktualisiert. So verfüge man über die notwendigen Kennzahlen und könne sehr zielgerichtet auf soziale Entwicklungen reagieren, da auch ein aussagefähiges Wirkungscontrolling vorhanden sei.

Das mag alles so sein, trifft aber keineswegs die Intention unserer Forderung nach einem Armutsbericht. Es geht darum, einen Überblick über die sozialen Zustände in unserer Stadt im Jahre 2015 zu gewinnen. Nur so lässt sich belastbar beschreiben, welche Entwicklung seit 2000 stattgefunden hat und nur so lässt sich die Wirksamkeit der eingesetzten Mittel überprüfen.

Das Land NRW stellt insgesamt vier Millionen Euro zur Armutsbekämpfung in Städten und Gemeinden im Rahmen des Projekts „**NRW hält zusammen – für ein Leben ohne Armut und Ausgrenzung**“ zur Verfügung. Die Stadt Hamm sollte sich deshalb umgehend bis zum 12.06.2015 um Fördermittel für einen aktuellen Armutsbericht Hamm bewerben!

Stellungnahme der Verwaltung

Zu 1.

Wie bereits im o.g. Antrag dargelegt, werden die Sozialdaten seit 2010 über ein Sozialmonitoring kontinuierlich erfasst und fortgeschrieben. Auf der Grundlage von Indikatoren können die soziale Lage abgebildet, die Wirksamkeit und Wirkungsweise kommunalen Handelns beobachtet und Steuerungsinformation für Verwaltungsspitze und Politik zur Verfügung gestellt werden. Nach den Sommerferien wird die Verwaltung im zuständigen ASGI die relevanten Daten Zug um Zug für jeden Sozialraum zur Diskussion stellen. Die Daten werden jährlich fortgeschrieben und die entsprechenden Handlungsempfehlungen daraus abgeleitet. Die Verwaltung ist der Auffassung, dass mit diesem Verfahren der Anspruch des Antrages erfüllt ist.

Ein Bericht auf der Datengrundlage des Armutsberichtes 2000 ist nicht mehr vergleichbar. Durch Veränderungen in den gesetzlichen Anspruchsgrundlagen (z.B. SGB II) und der damaligen sozialräumlichen Datendarstellung (die neun Sozialräume wurden analog der damaligen Familienhilfebezirke zusammengefasst) lassen sich die damaligen Auswertungen nicht mit den seit 2010 erfassten Daten vergleichen.

Die im kommunalen Armutsbericht aus dem Jahr 2000 vorgestellten Handlungsempfehlungen sind weitgehend umgesetzt worden. Beispielhaft sind hier Empfehlungen zu nennen, die sich auf Kinder, Jugendliche und Familien beziehen. Sie werden im Modellprojekt „Kein Kind zurücklassen“ aufgegriffen und umgesetzt. Ein Ziel- u. Controllingssystem überprüft laufend die Wirkung der präventiven Maßnahmen. Die Weiterentwicklung der Frühen Hilfen, die frühzeitige Förderung und Unterstützung von Familien, spezielle Projekte für Alleinerziehende, umfangreiche Integrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt, Projekte zur Integration von Migranten und Zuwanderern, Förderung von sozialen Netzwerken, bürgerschaftlichen Engagements sind weitere Beispiele.

Dem Sozialraum kommt für das Wohlbefinden seiner Bewohnerinnen und Bewohner und deren Teilhabechancen als Lebensraum, Quartier und Heimat eine große Bedeutung zu. Er stellt eine wichtige Ressource für die Alltagsbewältigung von Familien dar und kann über vernetzte alltagsunterstützende Infrastruktur sowie niedrigschwellige u. bedarfsorientierte Angebote Benachteiligungen abmildern und ausgleichen.

Auch vor diesem Hintergrund beabsichtigt die Stadt Hamm ihre Stadtteilarbeit weiterzuentwickeln. Aufgrund der Erfahrungen der Stadtteilarbeit Hamm-Norden und Hamm-Westen soll zukünftig der Sozialraum Hamm-Mitte entsprechend bearbeitet werden.

Zu 2. + 3.

Die Stadt Hamm (Verwaltung und Träger) wird sich um Fördermittel aus dem Programm „NRW hält zusammen – für ein Leben ohne Armut u. Ausgrenzung“ bewerben. Der Förderhöchstbetrag beläuft sich auf insgesamt 75.000,00 Euro. Neben einem im Jugendamt formulierten Antrag liegen bereits weitere Anträge von Freien Trägern vor, die für das Bewilligungsverfahren gebündelt beim Land eingereicht werden müssen. Es handelt sich hierbei um Maßnahmen, die durch aufsuchende und beratende Tätigkeiten direkt den Betroffenen zugute kommen. Über die Ergebnisse der Antragstellung werden die zuständigen städtischen Gremien informiert.